

Originalarbeit (Titelthema)

Stefanie Haas

Angespannte Gelassenheit

Die Krisenwahrnehmung der Deutschen im Spiegel der Demoskopie

Zusammenfassung: Die Deutschen gehen 2011 nicht von einer schnellen konjunkturellen Erholung aus, sondern erwarten eine weitere Eintrübung des wirtschaftlichen Klimas. Zu keinem Zeitpunkt der Krise war diese Sorge größer. Von dem allgemeinen Krisenbefund unterscheiden sich die Auswirkungen der Krise auf den persönlichen Einflussbereich, sie werden weniger prekär eingeschätzt. Die „German Lässigkeit“ wird aber durch die zeitliche Betrachtung relativiert, aus der die Zunahme der individuellen Folgen im Krisenverlauf ersichtlich wird. Zweifel bestehen am Primat der Politik, denn die eher reagierenden Maßnahmen der politischen Instanzen und ihre Ohnmacht gegenüber den Finanzmärkten haben dem Vertrauen in die Politik geschadet. Letztlich ist der Politikstil von Bundeskanzlerin Angela Merkel der ausgleichende Faktor, der den in Folge der Krise drohenden Bruch der Bürger mit der Politik verhindert.

Schlüsselwörter: Wirtschafts- und Finanzkrise; German Lässigkeit; Zukunftsungewissheit; Regierungsunzufriedenheit; Bundeskanzlerin Angela Merkel

Abstract: Tense serenity. The perception of the crisis in Germany as evidenced by an opinion survey

German citizens do not expect a quick economic recovery, they rather foresee a further deterioration of the economy. At no time of the crisis such concern was greater. Contrary to the general assumptions the effects of the crisis on the personal sphere are perceived to be less precarious. However, the German calmness has to be qualified since the in-depth multiyear analysis shows an increase in personal effects over the course of the crisis. Also, the primacy of politics is doubted. The rather reactive measures of the political authorities and their powerlessness against the financial markets have shaken confidence in politics. Chancellor Angela Merkel's political style is the balancing factor that prevents the threatening breach of the citizens with politics as an immediate result of the crisis.

Keywords: economic and financial crisis; German calmness; future uncertainty; Government disapproval; Chancellor Angela Merkel

Gerechnet ab dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers im September 2008, dem an den internationalen Börsen kräftige Kurseinbrüche folgten, geht die Wirtschafts- und Finanzkrise in ihr viertes unheilvolles Jahr. Vor zwei Jahren, als die erste „Schockstarre“¹ zwar überwunden, aber die Situation der deutschen und der Weltwirtschaft weiterhin prekär war, schätzten die Bundesbürger die Konjunkturlage realistisch und mit der notwendigen Ernsthaftigkeit ein. Verzweiflung oder gar Hysterie angesichts des Ausmaßes der Krise zeigten die Deutschen nicht. Entscheidend dafür waren auch die damals als überlegt eingestuften Maßnahmen der Bundesregierung.²

Die Hoffnung auf ein schnelles Ende der wirtschaftlichen Talfahrt schlug bald in Ernüchterung um. Denn die Krise gewann, statt ausgestanden zu sein, nochmals an Fahrt, indem sie ihre ohnehin schon vielzähligen Ausprägungen um die Schuldendimension erweiterte und die finanzielle Stabilität des Euro in Frage stellte. Neben die Wirtschafts- und Finanzkrise, die die erste Krisenphase bestimmte, tritt die Schulden- und Eurokrise als Zentrum des aktuellen Krisengeschehens. Ganzen Staaten droht der Bankrott. Die Europäische Union und die Länder der Euro-Zone kämpfen in vereinter Kraftanstrengung um die Zahlungsfähigkeit einzelner Länder und um den Fortbestand der Gemeinschaftswährung. Nach Griechenland retten sich Irland und Portugal in den milliardenschweren Euro-Rettungsschirm, der in der Bevölkerung weniger als „alternativlos[e]“³ Maßnahme wahrgenommen wird und mehr als zweifelhaftes „Fass ohne Boden“⁴ daherkommt.⁵

Die politische Meinungsforschung kann naturgemäß nicht die für die Psychotherapie relevanten Fragen der Krise beantworten. Aber sie kann die Gefühlslage der Deutschen im Aggregat beleuchten und damit den allgemeinen Rahmen abstecken, in dem sich auch eine Krisenanalyse aus psychotherapeutischer Sicht bewegt.

¹ Mohr (2009), S. 14

² Badhofer (2010)

³ Mit der Vokabel bezeichnete Angela Merkel den Euro Rettungsschirm. Später wurde der Begriff zum Unwort des Jahres 2010 gekürt.

⁴ Schiltz (2011)

⁵ Einen tagesgenauen Überblick über die Wegmarken der Krise bietet tagesschau.de

Einschätzung der aktuellen Krisensituation

Die andauernde Krise hat auch bei den Deutschen Spuren hinterlassen. Allerdings fallen die Wahrnehmung der allgemeinen Lage und das persönliche Befinden auseinander.

Die Verunsicherung der deutschen Bevölkerung über den weiteren Verlauf und das mögliche Ende der Krise ist angesichts der skizzierten Entwicklungen in der Wirtschafts- und Finanzwelt groß. Die Bürger gehen keineswegs von einer schnellen konjunkturellen Erholung aus, sondern erwarten eine weitere Eintrübung des wirtschaftlichen Klimas. Derzeit glauben 84 Prozent der Deutschen, dass der schlimmste Teil der Krise dem Land erst noch bevorstehen werde. Zu keinem Zeitpunkt der Krise war die Sorge bislang größer.⁶

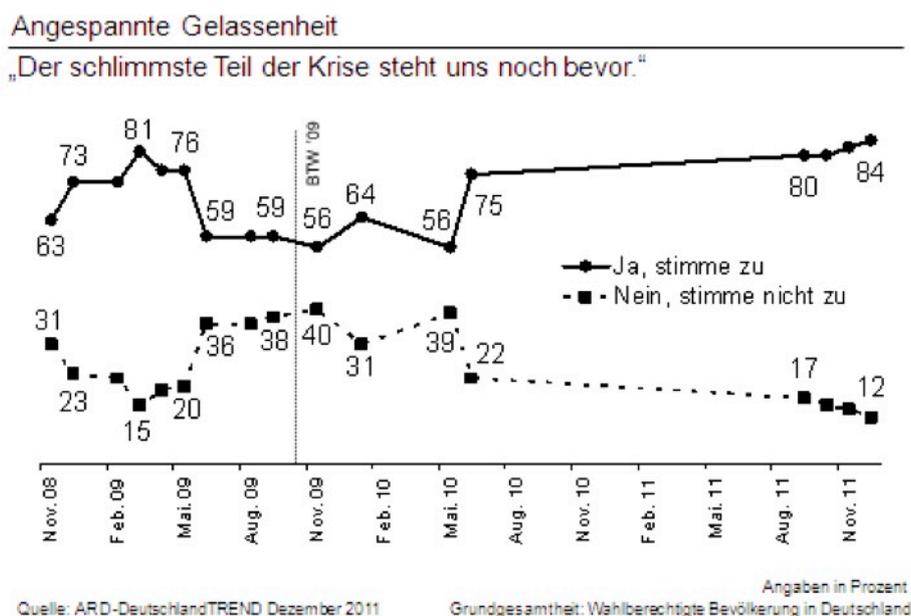


Abb. 1

Bereits in der Frühphase der Krise bis zur Mitte des Jahres 2009 waren die Deutschen realistisch und sahen größtenteils eine weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage voraus, die mit der Euro-Krise erwiesenermaßen eintrat. Im Vorfeld der Bundestagswahl bis zur Mitte des Jahres 2010 hellte sich die Stimmung der Deutschen auf. Grund dafür war die überraschend schnelle Erholung der deutschen Wirtschaft, als das Wachstum die ohnehin leicht positiven Expertenenerwartungen übertraf, die deutschen Exporte nach einem Einbruch wieder anzogen und der Arbeitsmarkt stabile Zahlen meldete. In wirklichen Optimismus, dass sie die Krise überwunden sei, schlug das Seelenleben der Deutschen allerdings nicht um, denn auch weiterhin sorgte sich eine Mehrheit um eine Ausweitung der Krise.

Als sich Mitte des Jahres 2010 die Ereignisse in Griechenland überschlugen und milliardenschwere Hilfspakete nicht nur für die Hellenen, sondern auch für den wankenden Euro geschnürt werden mussten, stieg das Misstrauen der Deutschen wieder an. Seitdem verbleibt der Anteil derer, die den Scheitelpunkt der Krise erst noch kommen sehen, auf einem alarmierend hohen Level.

Individualpsychologische Einflüsse der Krise

Von dem allgemeinen Krisenbefund unterscheiden sich die Auswirkungen der Krise auf den persönlichen Einflussbereich. Die krisenbedingte eigene Lage wird nämlich weniger prekär eingeschätzt als die Krisenfolgen für die Allgemeinheit. Das ist ein in der Meinungsforschung bekanntes Phänomen: Die Einschätzung der eigenen Lebenssituation fällt häufig positiver aus die Beurteilung der Allgemeinlage.

Die Deutschen begegnen der Krise und den Folgen für ihr Leben seit Beginn der Krise mit Gelassenheit. Von der berühmt wie berüchtigten German Angst, die als geflügeltes Wort Eingang in den angelsächsischen wie amerikanischen Sprachgebrauch gefunden hat und die eine elementare Furcht als typisch deutsche Eigenschaft kennzeichnet, ist auch weiterhin wenig zu spüren. Stattdessen kann man den Bundesbürgern in der Krise eine

⁶ Infratest dimap (2011): ARD - DeutschlandTREND Dezember, S.6: Der schlimmste Teil der Krise steht uns noch bevor: ja 84 Prozent nein 12 Prozent.

neue „German Lässigkeit“⁷ bescheinigen. Aufschlussreich aber ist die intertemporale Analyse. Denn aus der zeitlichen Betrachtung wird deutlich, dass die individuellen Auswirkungen im Krisenverlauf doch zugenommen haben.

Auf persönlicher Ebene bewerten die Deutschen ihre wirtschaftliche Situation mehrheitlich positiv. Diese Selbstwahrnehmung blieb während der gesamten bisherigen Krise recht konstant, durchgängig beurteilten mindestens zwei Drittel die eigene Situation als gut. Die langfristige Entwicklung der persönlichen Wirtschaftsverfassung dagegen wird etwas anders eingeschätzt. Die andauernde Krise und vor allem ihr noch nicht absehbares Ende ziehen zwar keine Perspektivlosigkeit, aber eine Perspektivenungewissheit nach sich. Denn die Mehrheit der Deutschen klagt, sich generell um die eigene wirtschaftliche Zukunft Sorgen zu machen. Die Besorgnis konkretisiert sich in den Erwartungen an den persönlichen Lebensstandard in der kommenden Dekade. Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung erwartet hier tatsächlich eine Steigerung. Die deutlich größere Bevölkerungsgruppe glaubt jedoch nicht an eine Verbesserung in den nächsten zehn Jahren, sondern befürchtet, sich in Zukunft wirtschaftlich zu verschlechtern. Ein ebenfalls großer Rest geht davon aus, auf ihrem heutigen Wohlstandsniveau zu verbleiben. Seit Beginn der Krise ist der Anteil der Zukunftsoptimisten kontinuierlich auf ein momentanes Minimum gesunken, während die pessimistischen Stimmen im Krisenverlauf immer deutlicher zu hören sind. Besonders besorgt über ihren künftigen Lebensstandard sind ältere Bürger, Arbeitslose und Personen mit formal niedriger Bildung.⁸

Von der Krise selbst fühlt sich immer noch der größere Teil der Deutschen nicht betroffen. Aber der Anteil derer, die bereits Folgen der Krise in ihrem persönlichen Leben spüren, steigt kontinuierlich an. Im Dezember verwiesen 44 Prozent der Deutschen auf persönliche Krisensymptome, so viele wie nie zuvor im gesamten Verlauf der Wirtschafts- und Finanzmarktverwerfungen.⁹

Weniger die realen Auswirkungen der Krise treiben die Deutschen, vielmehr legen sie ein gesundes Misstrauen an den Tag. Besonders groß unter den Deutschen ist die grundsätzliche Sorge – analog den Befunden zur Einschätzung der persönlichen Wirtschaftsentwicklung –, dass ihr Wohlstand durch die nicht enden wollende Krise bedroht sein könnte. Außerdem sind die Bürger besorgt ob der Sicherheit ihrer persönlichen Ersparnisse. Zwar gab es ins Deutschland keinen Sturm auf Bankfilialen, wie beispielsweise in England auf die Hypothekenbank Northern Rock im September 2007, denn die „deutschen Verbraucher haben sich in der Krise sehr verantwortungsbewusst verhalten.“¹⁰ Dennoch ist die Besorgnis um die Spareinlagen, die bereits im frühen Krisenverlauf einsetzte, konstant hoch.¹¹

Die Krise wird zwar als Bedrohung wahrgenommen, aber nur ein kleiner Teil der Deutschen fürchtet, krisenbedingt den Arbeitsplatz zu verlieren. Im Jahr 2009, als die Krise in ihrer historischen Dimension und unerwarteten Heftigkeit noch gänzlich fremd und deswegen besonders beunruhigend war, erreichten die arbeitsplatzbezogenen Angstwerte zwischenzeitlich fast doppelt so hohe Werte wie heute.¹² Angesichts der positiven Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt, der der Krise trotz und an dem die Arbeitslosigkeit 2011 unter die psychologisch bedeutsame Drei-Millionen-Marke fiel, ist die derzeitige ruhige Verfassung der Deutschen keine Überraschung.

Politische Bewältigung der Menschen

Noch vor zwei Jahren trug die Bundesregierung mit dazu bei, dass die BürgerInnen der Krise nüchtern und ohne Angst entgegentraten. Sie erkannten die Entschlossenheit der Regierung im Krisenmanagement an, auch wenn ihnen im Verlauf der Krise die klare Linie bei der Krisenbewältigung fehlte. Nichtsdestotrotz wurde sowohl der großen Koalition als auch der folgenden schwarz-gelben Bundesregierung ein beachtliches Vertrauen in ihre wirtschafts- und finanzpolitische Kompetenz entgegen gebracht.¹³

⁷ Cohen. Roger (2009).

⁸ Vgl. Infratest dimap (2011): ARD-DeutschlandTREND Oktober. S.12: Persönliche wirtschaftliche Lage aktuell: gut 67 Prozent / schlecht 33 Prozent, und S.13: Persönliche wirtschaftliche Lage in zehn Jahren: besser 13 Prozent / gleich 41 Prozent / schlechter 42 Prozent; vgl. Infratest dimap (2011): ARD-DeutschlandTREND Dezember. S.7. Sorgen um persönliche wirtschaftliche Zukunft: ja 53 Prozent / nein 46 Prozent.

⁹ Vgl. Infratest dimap (2011): ARD-DeutschlandTREND Dezember, S.7: Persönliche Betroffenheit von der Krise: ja: 44 Prozent / nein: 55 Prozent.

¹⁰ Primus (2009). S. 28.

¹¹ Vgl. Infratest dimap (2011): ARD-DeutschlandTREND Oktober, S.10: Sorge um Wohlstand: ja: 73 Prozent / nein: 24 Prozent. Sorge um Ersparnisse: ja : 58 Prozent / nein: 41 Prozent

¹² Vgl. Infratest dimap (2011): ARD-DeutschlandTREND September. S.10: Sorge um Verlust des Arbeitsplatzes: ja: 24 Prozent / nein: 74 Prozent

¹³ Vgl. Badhofer (2010). S. 13 f.

Die mehr reagierenden als gestaltenden Versuche aller politischen Instanzen, der Krise Herr zu werden, sowie ihre Ohnmacht gegenüber den Mechanismen der Finanzmärkte haben dem Vertrauen der Deutschen in die Politik geschadet. So trauen die BundesbürgerInnen den politischen AkteurInnen auf den verschiedenen Handlungsebenen nicht zu, für Deutschland wichtige Entscheidungen zu treffen. Vielmehr vermuten sie diese Kompetenz auf Seiten der Wirtschaft. Außerdem sind die BürgerInnen der Meinung, dass auch die Zukunft des Euro nicht in den Händen der Politik liegt, sondern letztlich von den Finanzmärkten bestimmt wird.¹⁴ Es bestehen folglich erhebliche Zweifel, ob dem „Primat der Politik“¹⁵ derzeit Geltung verschafft wird.

Weder der Europäischen Union noch der deutschen Bundesregierung wird, auch unabhängig von der Krise, mit großem Zuspruch begegnet. Entsprechend niedrig ist die Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung, die sie summa summarum erbringt: Mit ihren politischen Tagewerk überzeugt die Exekutive nur jede/n Vierte/n, drei Viertel der Deutschen stellen der Regierung ein kritisches Zeugnis aus. Im Detail haben die BürgerInnen mehrheitlich die Befürchtung, dass die Bundesregierung angesichts des Ausmaßes der bald unübersehbaren Wirtschafts- und Finanzprobleme ihren politischen Krisenkompass verloren haben könnte. Denn die Maßnahmen, die CDU/CSU und FDP zur Bewältigung der Krise bislang getroffen haben, stoßen nur bei einer Minderheit auf Zustimmung, stattdessen wird deren Richtigkeit angezweifelt. Noch Mitte des vergangenen Jahres war von den Bedenken wenig zu spüren und die Unterstützung für die Maßnahmen der schwarz-gelben Bundesregierung groß. Die Erwartungen, die die BürgerInnen nach der Bundestagswahl in das Krisenmanagement der neuen, als Wunschkoalition bezeichneten Regierung gesetzt hatten, konnten CDU/CSU und FDP aber nicht erfüllen. Ganz lassen die Deutschen die Hoffnung aber nicht fahren, denn unter dem Strich trauen sie der Regierungskoalition zu, letztlich mit der Krise fertig zu werden.¹⁶

Dass die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung nicht in offenen Protest umschlägt, liegt insbesondere an Bundeskanzlerin Angela Merkel als Mediatorin und politischer Führerin im krisengeschüttelten Europa. Merkel vermag es, ihre eigene politische Leistung von der der gesamten Bundesregierung abzugrenzen. Ihr wird zugeschrieben, wenn auch nur von einer knappen Mehrheit, in der Krise sowohl die richtigen Entscheidungen zu treffen als auch entschlossen zu handeln.¹⁷ Im Vergleich zu anderen KrisenakteurInnen, wie den übrigen europäischen Staats- und Regierungschefs, der Europäischen Zentralbank oder den Finanzmärkten selbst, verfügt Merkel in den Augen der Deutschen außerdem über die größte Kompetenz zur Krisenbewältigung. Das sachliche und unaufgeregte Vorgehen Angela Merkels ist ein wichtiger Faktor, der den in Folge der Krise drohenden Bruch der Bürger mit der Politik verhindert. Denn „bei ihrer Bundeskanzlerin scheinen sich die Menschen trotz allem ganz gut aufgehoben zu fühlen“.¹⁸ Ähnliches gilt für Finanzminister Wolfgang Schäuble, dessen Bemühungen um die Gemeinschaftswährung zwar eher im Hintergrund stattfinden, von den BundesbürgerInnen aber nichtsdestoweniger wertgeschätzt werden.

In der Krisenverarbeitung fokussieren die Deutschen ihre Enttäuschung nicht nur auf die Politik, sondern auch auf den Finanzsektor. Sowohl den Banken als auch den Finanzmärkten in toto wird unterstellt, dass sie die aktuelle Schuldenkrise eher noch verstärken und wenig zu ihrer Überwindung beitragen. Demgemäß fordern die Deutschen fast einhellig eine stärkere Regulierung der Finanzbranche, um die Märkte besser kontrollieren zu können. Allerdings geht nur die Hälfte der Bundesbürger davon aus, dass die Staaten auch über ausreichende Machtinstrumente verfügen, um Banken und Finanzmärkte tatsächlich stärker zu binden.¹⁹

Fazit

Auch vier Jahre Krise, seien es Wirtschafts-, Finanz-, Schulden- oder Euro-Dilemmata, bringen die Deutschen nicht aus der Fassung. Zwar kann der Blick in die Demoskopie den BundesbürgerInnen keine „unerschütterliche

¹⁴ Vgl. Infratest dimap (2011): ARD-DeutschlandTREND September, S. 9: Wo werden die wichtigen Entscheidungen für Deutschland getroffen: Wirtschaft 71 Prozent / Politik 22 Prozent, und S. 10: Über Zukunft des Euro entscheiden Finanzmärkte, nicht die Politik: ja 74 Prozent / nein 22 Prozent.

¹⁵ Hauff (2010), S. 75.

¹⁶ Vgl. Infratest dimap (2011): ARD-DeutschlandTREND Dezember, S. 7: Die Bundesregierung hat angesichts des Ausmaßes der Krise den Überblick verloren: ja 58 Prozent / nein 39 Prozent; vgl. Infratest dimap (2011): ARD-DeutschlandTREND November, S. 6: Die Bundesregierung hat bisher die richtigen Entscheidungen getroffen: ja 37 Prozent / nein 56 Prozent; vgl. Infratest dimap (2011): ARD-DeutschlandTREND Oktober, S. 14: Zufriedenheit mit der Bundesregierung: zufrieden 24 Prozent / nicht zufrieden 75 Prozent.

¹⁷ Vgl. Infratest dimap (2011): ARD-DeutschlandTREND Dezember, S. 15: Kompetenzen der Union: Deutschlands Interessen in der EU vertreten 51 Prozent / Stabilität des Euro gewährleisten 47 Prozent / verlässliche Außenpolitik betreiben 41 Prozent, und S. 7: Merkel hat richtig und entschlossen gehandelt: ja 50 Prozent / nein 45 Prozent.

¹⁸ Gathmann/Wittrock(2011).

¹⁹ Vgl. Infratest dimap (2011): ARD-DeutschlandTREND November, S. 8: Stärkere Kontrolle der Banken und Finanzmärkte notwendig: ja 92 Prozent / nein 7 Prozent, und S. 9: Haben Staaten die Macht, Kontrolle der Banken und Finanzmärkte durchzusetzen?: ja 48 Prozent / nein 47 Prozent.

Gelassenheit“²⁰ bestätigen, insbesondere nicht in der zeitlichen Betrachtung. Aber zu mehr als einer angespannten Besonnenheit sehen sich die Deutschen weiterhin nicht veranlasst. Dazu trägt auch der sachliche wie engagierte Krisenpolitikstil der Bundeskanzlerin bei. Allerdings unterscheidet sich die jetzige Schulden- und Eurokrise von der originären Wirtschafts- und Finanzkrise der vergangenen Jahre. Während letztere aufgrund der abrupten und neuartigen Ereignisse eine plötzliche Erregungskurve aufwies, die dann allmählich wieder abebbte, zeigt die heutige Krise einen problematischeren Verlauf. Die galoppartig zu vernehmenden Meldungen zu neuerlicher Zuspitzung und weiteren Krisenbetroffenen lassen den BürgerInnen kaum Zeit zur Erholung. Sie befinden sich auf einem kontinuierlich hohen Anspannungsniveau, das gleichsam wellenartig weiter ansteigt. Diese Eigenart der zweiten Krise stellt eine Unwägbarkeit dar, die auf Dauer sowohl die Gelassenheit der Deutschen als auch das Vertrauen in Angela Merkel untergraben könnte.

Autorin

Stefanie Haas, M.A. ist Projektleiterin bei Infratest dimap, Gesellschaft für Trend- und Wahlforschung mbH, Berlin, und dort in der Wahlforschung tätig. Sie hat Politikwissenschaft an der Universität Freiburg studiert.

Korrespondenz

Infratest dimap, Gesellschaft für Trend- und Wahlforschung mbH Moosdorfstraße 7-9, 12435 Berlin, Deutschland,
E-Mail: stefanie.haas@infratest-dimap.de, www.infratest-dimap.de

Literatur

- Badhofer, S. (2010). Wie die Deutschen die Krise wahrnehmen. *Psychotherapie Forum* 18(1), 8-16.
- Cohen, Roger (2009): German Angst, in: *Süddeutsche Zeitung Magazin*, Heft 12.
- Gathmann F. & Wittrock, P. (2011). Die rätselhaft coolen Deutschen. Abrufbar unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,801146,00.html>, 02. Dezember.
- Hauff, V. (2010). Schlüsse aus der Finanzkrise für eine nachhaltige Zukunftsentwicklung. In Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.), *Deutschland und Europa. Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa* (S. 72-77).
- Infratest dimap (2011): *ARD-DeutschlandTREND*, Berlin. Ausgaben für September, Oktober, November und Dezember.
- Mohr, D. (2009): Das Versagen der Prognostiker. Unterschätzte Tragweite der Lehman-Insolvenz, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 09. September.
- Primus, H. (2009): Was kann der Verbraucher aus der Finanzkrise lernen?, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): *Lehren aus der Finanzmarktkrise. Ein Comeback der sozialen Marktwirtschaft*, Sankt Augustin/ Berlin, S. 27-30.
- Schiltz, C. (2011): Der neue Rettungsschirm ist ein Fass ohne Boden, in: *Die WELT*, 20. Juni.

²⁰ Gathmann/Wittrock (2011).

Article inédit (thème principal) - Synthèse

Stefanie Haas

Une sérénité tendue

La perception qu'ont les Allemands de la crise dans le miroir de la démoscopie

La crise dure et, au lieu d'être surmontée, elle a gagné en vitesse en ajoutant à ses nombreux aspects la dimension de la dette et en ébranlant la stabilité financière de l'euro ; elle a donc laissé des traces chez les Allemands. Compte tenu de l'évolution de l'économie et du monde financier, nos concitoyens sont incertains de la manière dont elle va perdurer – ou se terminer. Les responsables ne pensent pas que la conjoncture va rapidement récupérer, mais s'attendent au contraire à ce que le climat économique continue à se détériorer. A aucun moment, on n'a autant craint que la pire phase de la crise soit encore à venir. Les données globales caractérisant la crise se distinguent de ses effets sur la vie privée, où la situation est considérée comme moins précaire. Dès le début, les Allemands ont fait face à la crise et à ses conséquences pour leur existence avec une certaine sérénité ; on pourrait qualifier celle-ci de German serenity. Par contre, une analyse comparant ses différentes périodes fournit de nombreuses indications. En effet, lorsqu'on tient compte de l'axe < temps >, on constate que les effets individuels de la crise ont augmenté en cours de route. Il est exact qu'une bonne partie de la population continue à ne pas se sentir concernée, mais le nombre de ceux qui en ressentent déjà les effets dans leur vie est en constante augmentation ; il atteint aujourd'hui un sommet jamais atteint durant toute la période de crise. Toutes les instances politiques ont pris des mesures qui peuvent être qualifiées de réactions plus que de solutions ; leur impuissance face aux mécanismes régissant les marchés financiers a nuit à la confiance que leur porte la population. Actuellement, on doute même de l'importance de la politique. C'est à la Chancelière fédérale Angela Merkel que l'on doit le fait que le mécontentement par rapport aux politiques ne se reflète pas dans des mouvements de contestation. Son style politique représente un facteur compensateur qui permet d'éviter la rupture des citoyens avec la politique, une menace qui pourrait bien suivre la crise. Au moment de gérer cette dernière, les Allemands concentrent leur attention sur le secteur des finances. Ils pensent que les banques et les marchés financiers contribuent à renforcer encore la crise de la dette au lieu d'aider à la résoudre. La crise de la dette et de l'euro laisse – contrairement à la crise économique et financière du début – à peine le temps de reprendre son souffle. Ce qui fait que les citoyens se trouvent dans un état de tension de plus en plus important, ce qui avec le temps pourrait affecter leur sérénité et la confiance qu'ils portent à Angela Merkel.